

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 6 86 846 pbbn d



## Inhalt

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, sieht das künftige Grundsatzprogramm der SPD als Fortschreibung des Godesberger Programms.

Seite 1

Rudi Arndt MdEP, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, wirft dem Ministerrat Versagen und provinzielles Handeln vor.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, wirft Verkehrsminister Dollinger vor, die deutschen Interessen schlecht zu vertreten.

Seite 6

39. Jahrgang / 219

13. November 1984

Auf dem Fundament von Godesberg

-----  
An den Prinzipien des Godesberger Programms festhalten

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Das Godesberger Programm der SPD vom November 1959 nimmt unter den insgesamt sechs Grundsatzprogrammen<sup>+</sup>, die sich die deutsche Sozialdemokratie in den 120 Jahren ihres Bestehens gegeben hat, einen herausragenden Platz ein.

Da ist zunächst die eindeutige Konsequenz in der Übereinstimmung mit unseren Verfassungsprinzipien, das uneingeschränkte Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, das ja von der SPD nicht nur mitgetragen, sondern von ihr in wesentlichen Punkten stark geprägt und beeinflusst worden ist. Dabei denke ich zum Beispiel an die Tatsache, daß bereits im Jahre 1947, also zwei Jahre vor der Verkündung des Grundgesetzes, die SPD unter dem Vorsitzenden Kurt Schumacher auf ihrem Nürnberger Parteitag wichtige verfassungspolitische Konkretisierungen für den Aufbau der deutschen Republik beschlossen hat, so unter anderem

- die bundesstaatliche Gliederung
- das Prinzip der Gewaltenteilung
- die Einführung eines konstruktiven Mißtrauensvotums zur Stabilisierung demokratischer Regierungen
- die Aufrechterhaltung parlamentarischer Verantwortung auch im Notstandsfalle und
- die Forderung nach einem Verfassungsgericht.

Der tiefere Kern dieser Identifikation mit unserer Verfassung, wie sie im Godesberger Programm ihren Niederschlag gefunden hat, liegt aber in der ganz allgemeinen Erkenntnis, daß die Demokratie eben nicht nur, wie es im Heidelberger Programm von 1925 steht, "der günstigste Boden ...

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

<sup>+</sup>) Eisenach 1869; Gotha 1875; Erfurt 1891; Görlitz 1921;  
Heidelberg 1925, Godesberg 1959

Kreislauf-Übersicht  
aus neutralen Recycling-  
Papier



für die Verwirklichung des Sozialismus" oder ein bloßes formales Prinzip ist, sondern, wie es Kurt Schumacher schon 1945 klar ausgesprochen hat, "eine aus der geschichtlichen Erfahrung heraus wie im Hinblick auf die sozialdemokratischen Zielvorstellungen bewußt gewollte Lebensform". Der im Godesberger Programm enthaltene Abschnitt "Die staatliche Ordnung" könnte gewissermaßen als ein Konzentrat unserer wesentlichen Verfassungsprinzipien gekennzeichnet werden.

Im Zusammenhang mit dieser Einbettung des Godesberger Programms in unsere Verfassung, seine Durchdringung durch den Geist des Grundgesetzes, stehen auch die vom Programm besonders hervorgehobenen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Betonung der Würde des Menschen und überhaupt die Bekräftigung der unverzichtbaren Grundrechte.

Nicht zuletzt aber möchte ich als eine der entscheidendsten Aussagen des Godesberger Programms das Bekenntnis zur weltanschaulichen Offenheit, die klare Abkehr von jeglicher ideologisch-dogmatischer Enge erwähnen, wie es wohl am deutlichsten aus der von Kurt Schumacher fast wörtlich übernommenen Textstelle zum Ausdruck kommt:

"Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben."

Die hier angelegte Öffnung zur Volkspartei und pluralistischen Demokratie und der auf einem breiten, über die Parteigrenzen hinausgreifenden Konsensus in den politischen und ethischen Grundlagen haben der SPD einen außerordentlichen Aufschwung in ihrer Integrationskraft und politischen Wirksamkeit gegeben. Damit würde die Grundlage dafür geschaffen, daß die SPD zur führenden Regierungspartei werden konnte.

Dennoch ist in der Partei etwa seit dem Ende der 60er Jahre das Bedürfnis nach programmatischen Neuerungen gewachsen, wie sie unter anderem mit den "Perspektiven



für die 70er Jahre", dem sogenannten "Langzeitprogramm" und dessen Fortschreibung im "Orientierungsrahmen 85" versucht worden sind. Keiner dieser Versuche konnte jedoch eine auch nur annähernd spürbare politische Wirkung nach außen entfalten, wenn sie auch innerparteilich zu vielfältigen, aber keineswegs immer klärenden Diskussionen geführt haben.

Deshalb ist es auch nur folgerichtig, daß die Grundwerte-Kommission der SPD in ihrem Schlußbericht (14. Januar 1984) eindeutig festgestellt hat, daß auch ein geplantes neues Programm der SPD die wesentlichen Grundentscheidungen des Godesberger Programms aufrechterhalten müsse. Nur auf diesem Fundament sind Änderungen und Ergänzungen sinnvoll, die angesichts solcher politischen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen notwendig sind, die zum Zeitpunkt zur Verabschiedung des Godesberger Programms nicht vorauszusehen waren. Dabei denke ich insbesondere an die unsere Wirtschaftsstruktur verändernden neuen technologischen Entwicklungen, die Problematik des Umweltschutzes, die wesentlich gesteigerte Bedeutung der Dritten Welt und nicht zuletzt an die existenziellen Fragen der Abrüstung. Allerdings halte ich es für vernünftig, auch hierbei in jedem Einzelfall zu prüfen, ob nicht durch eine sachgerechte Interpretation der ursprünglichen Aussagen und Texte des Godesberger Programms auch neue Probleme angemessen berücksichtigt werden können. Die Notwendigkeit eines solchen sorgfältigen Umgangs mit dem ursprünglichen Programm wird jeder einsehen, dem es um die Bewahrung der Identität und Glaubwürdigkeit der SPD als einer großen und geschichtlich erfahrenen Partei geht.

(-/13.11.1984/ks/hgs)

+ + +



Der Ministerrat versagt

Provinzielles Handeln übersieht politische Prioritäten

Von Rudi Arndt MdEP

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament behandelt in dieser Woche in erster Lesung den Haushalt 1985. Der von dem EG-Ministerrat eingebrachte Entwurf gibt all den Befürchtungen Recht, die das Europäische Parlament in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre geäußert hat. Es ist ein Dokument über das Versagen des Ministerrats, der, obwohl er die Probleme seit Jahren erkannt hatte, bisher zu schwach war, solide Lösungen durchzusetzen. Wenn dieser große historische Versuch, nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg die europäischen Völker zu einer besseren Zusammenarbeit zu bringen, nicht vorwärts kommt, dann ist das entscheidend auf die politische Engstirnigkeit des Ministerrats zurückzuführen, dessen kleinliches, provinzielles Handeln die politischen Prioritäten einfach übersieht.

Dieser vom Rat vorgelegte Haushaltsentwurf ist zutiefst unehrlich. Die Berichtserstatter haben deutlich gemacht, daß die Ausgaben nur für zehn Monate ausreichen. Die explodierenden Ausgaben für eine unverantwortliche Überschußproduktion im Agrarbereich können durch die normalen Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr gedeckt werden. Niemand wird behaupten können, daß dies nicht schon jahrelang vorhersehbar war. Immer wieder wurde der Agrarministerrat, aber auch die Agrarlobby in diesem Europäischen Parlament davor gewarnt, daß ihre Politik der wahllosen und skandalösen Subvention der Überschußproduktion drauf und dran ist, die gemeinsame Europäische Agrarpolitik zu zerstören.

Auch viele EP-Abgeordnete tragen die Verantwortung dafür, daß durch ihr Eintreten für immer höhere Preisgarantien in den Bereichen der Überschußproduktion die kleinen und mittleren Landwirte auf der Strecke bleiben, die großen, industriell produzierenden Agrarbetriebe immer reicher werden und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere für die fünf Millionen jugendlichen Arbeitslosen, kaum Geld zur Verfügung steht. Dieser Haushalt - auch mit den Verbesserungen, die wir vorschlagen - ist weit davon entfernt, der Haushalt, den wir uns als Sozialistische Fraktion in diesem Europäischen Parlament vorstellen, zu sein.



Die Sozialisten im Europäischen Parlament und damit handeln sie im Namen der europäischen Bürger, würden den Schwerpunkt des Haushaltes bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei einer Förderung der Forschung, und der Erschließung alternativer Energiequellen, beim Kampf gegen den Hunger in der Welt und bei der Förderung weniger entwickelter Gebiete in Europa, nicht aber bei der Finanzierung von Butterbergen und Weinseen sehen.

Wenn wir trotzdem in der Haushaltsabstimmung den Versuch mittragen, den Haushalt '85 auf eine solide Basis zu stellen, dann nur deshalb, weil wir damit die Voraussetzung schaffen wollen, daß in den nächsten Jahren der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft so aussieht, wie wir uns das vorstellen.

Deshalb unterstützen wir den Antrag, das zusätzlich erforderliche Geld für die Agrarpolitik in Höhe von mindestens 1,3 Milliarden Rechnungseinheiten nicht aus den Eigenmitteln der Europäischen Gemeinschaft, sondern durch Vorschüsse der dafür verantwortlichen Mitgliedsregierungen bezahlen zu lassen. Deshalb unterstützen wir, daß der Finanzausgleich zugunsten Großbritanniens, der eine Folge der verfehlten Agrarpolitik ist, nicht einfach durch eine Kürzung der Gelder erfolgt, die Großbritannien wie jedes andere Mitgliedsland an die Europäische Gemeinschaft zu zahlen hat. Da es sich um europäisches Geld handelt, soll es auch nach den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Behebung sozialer Notstände eingesetzt werden.

Wir Sozialdemokraten hoffen, daß diese aus europäischer Verantwortung getragene Haltung sich in diesem Parlament mit klarer Mehrheit durchsetzt. Wir hoffen aber auch, besser gesagt, wir fordern, daß der Ministerrat zwischen 1. und 2. Lesung endlich seine Verantwortung begreift und diesen Weg des Parlaments mitgeht. Allerdings haben wir eine Forderung anzumelden, die ganz wichtig für unser weiteres Verhalten ist: In der wichtigen Frage der Erhöhung des Sozialfonds konnten wir für einen Kompromißvorschlag des Berichterstatters keine Mehrheit erzielen. Über die Notwendigkeit der Verstärkung des Sozialfonds in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit sollte eigentlich kein zusätzliches Wort notwendig sein. Wir werden deshalb noch einmal den Versuch unternehmen, diesen Fonds um weitere 25 Millionen Rechnungseinheiten zu verstärken.

Die Kollegen der anderen Fraktionen haben wir deshalb inständig gebeten, auch ihre Stimme für diesen Vorschlag abzugeben, weil damit eine wichtige Voraussetzung für eine breite Mehrheit des Parlaments bei seinem Versuch, einen annehmbaren Haushalt zu erarbeiten, geleistet würde.

Was die Völker Europas längst begriffen haben, sollte der Ministerrat nun endlich auch begreifen. Die Krise, in der wir uns befinden, die hohe Arbeitslosigkeit, die Verschleuderung von Geldern für die Lagerhaltung und die Vernichtung von Lebensmitteln und die Tatsache, daß die europäischen Einnahmen nicht mehr für eine vernünftige Politik ausreichen, hat der Ministerrat selbst zu verantworten.

Wenn er die Hilfe des Europäischen Parlaments durch Ablehnung unserer Entscheidungen ausschlägt, dann trägt er - und er ganz allein - die Schuld dafür, daß es nicht zu einer Entscheidung über den Haushalt 1985 kommt. (-/13.11.1984/ks/hgs)

+ + +



So lieben die Holländer Dr. Dollinger

Der Bundesverkehrsminister vertritt die deutschen Interessen schlecht

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr bestehen erhebliche Wettbewerbsverzerrungen, die besonders deutsche Straßentransportunternehmen benachteiligen. Über die parteipolitischen Grenzen hinweg besteht Einigkeit: die Wettbewerbsbedingungen (Wegekosten, Lenk- und Ruhezeiten, Steuern und so weiter) müssen harmonisiert werden. Dies gilt insbesondere innerhalb der EG.

Die Regierungen müssen sich absprechen. Zwischenstaatliche Verhandlungen haben aber besondere Regeln. Jede Regierung wahrt ihre nationalen Interessen. Sie macht nur dann Zugeständnisse, wenn sie mindestens in etwa gleichwertige Vorteile einkaufen kann. Dies ist legitim, üblich und einfach zu begreifen.

Bundesverkehrsminister Dollinger haßt aber harte Bandagen. Er bevorzugt weiche Glacéhandschuhe. Neuestes Beispiel: Obwohl der deutsch-niederländische Straßengüterverkehr von den Holländern beherrscht wird (die deutschen Unternehmen haben einen Anteil von unter 30 Prozent), wollte die niederländische Regierung weitere Lkw-Genehmigungen. Dr. Dollinger hat auch umgehend 10.000 Genehmigungen zusätzlich zur Verfügung gestellt. Auf jedwede Gegenleistung hat er jedoch verzichtet.

So lieben die Niederländer Dr. Dollinger. Die holländischen Unternehmen profitieren, deutsche Straßentransportunternehmen aber zahlen die Zeche. Ihre Marktchancen werden immer schlechter. Sie sehen schwarz in die Zukunft. Auch wenn dies die politische Lieblingsfarbe des Bundesverkehrsminister ist, unsere nationalen Verkehrsmarktinteressen dürfen nicht ausverkauft werden. Deutsche Straßentransportunternehmen und ihre Beschäftigten brauchen wieder rosigere Zeiten.

(-/13.11.1984/ks/hgs)

+ + +

